

## Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

### Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Wolken am Währungshorizont: Die Weltwoche - Ist Vietnam an allem schuld?; DM: bereits wieder aufwertungsverdächtig; The Financial Times - Weltwährungen nach der Wahl; Neue Zürcher Zeitung - Der Dollar als Schickalswährung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1970) : Blick in die Weltpresse: Wolken am Währungshorizont: Die Weltwoche - Ist Vietnam an allem schuld?; DM: bereits wieder aufwertungsverdächtig; The Financial Times - Weltwährungen nach der Wahl; Neue Zürcher Zeitung - Der Dollar als Schickalswährung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 7, pp. 403-404

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134141>

#### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# BLICK IN DIE WELTPRESSE

## Wolken am Währungshorizont

*Etwas ist faul im Weltwährungssystem! Die Experten werden sich etwas einfallen lassen müssen – wenn möglich, nicht zu spät.*

### DIE WELTWOCHEN

#### Ist Vietnam an allem schuld?

Zürich, 19. 6. 1970 (Herbert Wirtz): Es ist leicht, den Finger auf die Wunde zu legen: Vietnam. Der blutige, endlose Krieg in Indochina hat so gut wie alle gegenwärtigen Probleme der USA ausgelöst oder doch zumindest entscheidend verschärft. Die Inflation, die die amerikanische Wirtschaft seit 1965 erfaßt hat, geht ausschließlich auf das Konto des Vietnam-Krieges. Als die USA 1965 die Vollbeschäftigung erreichten, kam gerade die große Eskalation in Vietnam. In dieser Lage wären die zusätzlichen Militäraufwendungen nur durch eine Steuererhöhung oder durch eine Kürzung der zivilen Staatsausgaben solid zu finanzieren gewesen. Aber Präsident Johnson wollte dem amerikanischen Volk dieses Opfer für den unpopulären Krieg nicht zumuten. So wurde er durch die Hintertür finanziert – mit einer Inflation.

Diese Inflation hat den Dollar nicht nur im Innern geschwächt, sondern auch nach außen. Da der Dollar eine Zentralrolle im Zahlungssystem der Welt spielt, riß er die internationale Währungsordnung in eine Krisenserie hinein. Nur durch eine Einschränkung der Goldkonvertierbarkeit, durch die Abwertung von Franc und Pfund und durch die Aufwertung der D-Mark – also durch das Entgegenkommen der anderen – konnte sich der Dollar retten. Heute ist der Dollar keine freie Währung mehr, sondern eine bewirtschaftete: wenn ein US-Unternehmer Geld für Investitionen ins Ausland bringen will, muß er sich erst eine staatliche Genehmigung einholen.

#### DM: Bereits wieder aufwertungsverdächtig

Zürich, 19. 6. 1970 (Wolfgang Müller-Haeseler): Die sozial-liberale Bundesregierung, die die Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik allein der Notenbank überlassen hat, wurde in der vergangenen Woche durch einen Schuß vor den Bug aufgeschreckt. Über die Devisenbörse mußte die

Deutsche Bundesbank an einem Tag rund 650 Mill. Dollar – fast 2,5 Mrd. Mark – aufnehmen... Einen Tag später hatte sich das Blatt schon wieder gewendet, da offensichtlich eine Zeitungsjournalistin der englischen Agentur Reuter die Flucht aus dem Dollar bewirkt hatte... Diese Meldung war falsch, aber sie zeigt doch, wie anfällig die Deutsche Mark acht Monate nach der letzten Aufwertung wieder für Devisenspekulationen geworden ist. Woher die Anfälligkeit kommt, liegt auf der Hand.

Die ersten Gerüchte über eine neue Manipulation der D-Mark lassen den Bundeswirtschaftsminister auf einem schmalen Grad wandern. Ein Anhalten der Liquiditätszuflüsse müßte die Hochzinspolitik der Bundesbank zur Konjunkturdrohselung zu Fall bringen... Wahlanalytiker meinen, daß das schlechte Abschneiden der Regierungsparteien sowohl auf die umstrittene Ostpolitik als auch auf die steuerlose Wirtschaftspolitik zurückzuführen sei, deren sichtbarste Auswirkung die starken Preissteigerungen seien. Die Reaktion Karl Schillers: „Wir müssen möglicherweise eine geänderte Politik ins Auge fassen.“

### THE FINANCIAL TIMES

#### Weltwährungen nach der Wahl

London, 25. 6. 1970 (Samuel Brittan): Nachdem nun die kanadischen Behörden den naheliegenden und logischen Schritt endlich unternahmen, hat sich das Interesse anderen harten Währungen zugewandt. Die D-Mark hat schon seit geraumer Zeit die obere Grenze der zulässigen Marge gegenüber dem Dollar erreicht, obwohl sie in den letzten Tagen im Devisenterminhandel gefallen ist. Nach allgemein vorherrschender Ansicht erreichen die in die Bundesrepublik strömenden Gelder nicht mehr ganz den Stand von vor zwei oder drei Wochen, als die Bundesregierung ihre Absicht, den Markt zu schließen, offiziell dementieren mußte. Aber eine umgekehrte Geldbewegung von größerer Bedeutung hat auch nicht stattgefunden.

Sollte die Flucht in die Mark irgendwann gefährlichere Formen annehmen, stehen die zuständigen deutschen Behörden vor einem Dilemma. Meiner Meinung nach werden weder

EWG-Protteste noch die Pressionen der eigenen Landwirtschaft die Deutschen daran hindern, bei genügend starkem Druck auf Stufenflexibilität oder Freigabe des D-Mark-Kurses auszuweichen. Schlimmstenfalls würden einige EWG-Agrarrege- lungen außer Kraft gesetzt, um Rückwirkungen auf die landwirtschaftlichen Einkommen in der BRD zu vermeiden.

---

## Neue Zürcher Zeitung

---

### Der Dollar als Schicksalswährung

Zürich, 21. 6. 1970 (Pm.): Wenn nicht alles täuscht, so entspringt auch das übermäßige Interesse der USA an einer größeren Wechselkursflexibilität primär dem Wunsch, den Dollar zu entlasten. Sollten nämlich die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds wider Erwarten einer Verbreiterung der zulässigen Abweichung von der Wäh- rungsparität zustimmen, hätte dies für viele Industrieländer wohl fast automatisch eine Höher- bewertung ihrer Währungen gegenüber dem Dol- lar oder mit anderen Worten ihre faktische Auf- wertung zur Folge. Damit, so hoffen die Ameri- kaner, ließe sich das Problem des überhöhten amerikanischen Wechselkurses auf die Dauer ele- gant lösen. In diesen Thesen scheint sich eine neue währungspolitische Philosophie Bahn bre- chen zu wollen: War es früher selbstverständlich, daß ein Land mit ausgehöhlter Kaufkraft und chronischem Zahlungsbilanzfehlbetrag seine Wäh- rung abwerten mußte, so spricht man heute viel eher von Aufwertungen starker Währungen. Diese Entwicklung ist nicht ungefährlich.

Nun wird man allerdings zugeben müssen, daß eine formelle Abwertung des amerikanischen Dol- lars auch international mit großen Schwierigkei- ten verbunden wäre, weil eine lange Kette von Ländern dem amerikanischen Schritt fast zwangs- läufig folgen müßte, sei es wegen ihrer engen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA, sei es, weil sie einen großen Teil ihrer Währungsreserven in Dollars halten... Zudem ist unverkennbar, daß der Dollar mit der Dynamik des Eurodollar- und Eurobondmarktes auch für uns zu einer Schick- salswährung geworden ist. Wie würden diese Märkte, die heute einen Betrag von Dutzenden von Milliarden Dollar aufweisen, eine allfällige Abwertung des Dollars überstehen?

Aus diesen wenigen Hinweisen ergibt sich, daß der Dollar heute international eine Sonderstel- lung einnimmt. Um so mehr darf die westliche Welt erwarten, daß Amerika sein lawinenartig steigendes Zahlungsbilanzdefizit und das Un- gleichgewicht im Staatshaushalt ebensowenig auf die leichte Schulter nimmt wie die Inflationsrate von gegenwärtig 7%. Solange der Eurodollar- markt mit hohen Zinsen als Stützkorsett für den

Dollar wirkt, sind allzu große Befürchtungen nic- am Platz. Aber die USA müssen den ihnen zu Verfügung stehenden Zeitraum nutzen... Ma- wird sich in künftigen Verhandlungen über mon- täre Grundsatzfragen bewußt sein müssen, da ein allzu leichtes Einschwenken auf das Wäl- rungsdiktat der USA für die ganze westlich Welt Gefahren heraufbeschwören kann. Da di- Goldkonversion als Mahnmal für vermehrte Wäl- rungsdisziplin Washingtons kaum mehr existier- ist eine konstruktivere Politik und härtere Lini- Europas in währungspolitischen Entscheiden ein- der wenigen Alternativen.

---

## NEW YORK HERALD

---

### Heiden an der Heimatfront

Paris, 26. 6. 1970 (Russell Baker): Präsident Nixon: Experten reden ihm ständig zu, uns den guter Rat zu geben, das Ausmaß der Preissteigerungen auf die leichte Schulter zu nehmen. Seit Mona- ten veranlassen sie ihn zu der Versicherung, daß das Schlimmste vorüber sei und daß sich die Preise zufriedenstellend an irgendeinem Punkt beruhigen werden, an dem sie dann verharren.

Inzwischen steigen aber die Preise munter wei- ter, und das gleiche gilt für die Arbeitslosig- keit. Was Ökonomen eigentlich meinen, wenn sie sich äußern, ist niemals leicht zu verstehen – außer wenn sie sich über ihr Lieblingsthema unterhalten, nämlich die Dummheit einer erheb- lichen Anzahl anderer Wirtschaftler, die mit ihnen nicht übereinstimmen. Jedoch scheinen viele etwas Interessantes von sich zu geben, wenn es sich um eine Preisstabilisierung handelt.

Falls sie meinen, was sie sagen, sind die Preise gestiegen, weil nicht genug Leute arbeitslos sind, und das wird aufhören, wenn die Arbeitslosigkeit eine noch unbekannt magische Größe erreicht hat. Manche glauben grundsätzlich, daß die Preise hochschnellen, wenn nur 2 bis 3% der Arbeits- kräfte auf der Straße liegen. Das mag unerfreu- lich für die Betroffenen sein. Mangelndes Ein- kommen ist das oft. Aber sicherlich ist dieser Zustand nicht viel unerfreulicher als der Militä- rdienst mit seinen vielen Chancen, von gänzlich fremden Zeitgenossen erschossen oder sonstwie übel zugerichtet zu werden.

Der Kampf gegen die Inflation ist gewißlich ge- nauso wichtig wie derjenige gegen unfreund- liche Nationen. Wir brauchen uns aber nur zu fragen, ob überhaupt noch Amerikaner übrig bleiben, um uns gegen den äußeren Feind zu verteidigen, falls der Dollar kollabiert. Da das so ist, sollte die Regierung damit aufhören, die Arbeitslosigkeit als etwas Beschämendes zu be- handeln, und diejenigen, die auf diese Weise dienen, mit all den Ehren auszeichnen, die für den Dienst an unserer Republik vorgesehen sind.